

verwandeln. Wir legen die Macht in die Hände der Majorität bloß aus dem Grunde, weil es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, ein besseres Regierungssystem zu finden, weil wir sie weder in die Hände eines Einzelnen, noch in die Hände der Minorität legen wollen. Wie an allen menschlichen Einrichtungen, so haften auch an dem Systeme der Majoritätsregierung die Unvollkommenheiten. Gerade deshalb aber ist es Pflicht des Bürgers den Majoritätswillen nicht zum Ausdruck gelangen zu lassen, wenn derselbe Unrecht beabsichtigt.

Erkennt doch unsere eigene Constitution die Möglichkeit an, daß der Wille der Majorität unweise oder im Unrecht sein kann. Aus welchem anderen Grund kann sie dem Gouverneur die Vetogewalt einräumen, als aus dem der Mehrheit zu verhindern, daß sie thun, was nicht recht ist? Die Stimme des Gouverneurs von Indiana zählt mehr als die Majorität einer beschlußfähigen Zahl der Mitglieder beider Häuser der Legislatur, und die Stimme des Präsidenten mehr als die Mehrheit sämtlicher Mitglieder beider Häuser des Congresses. Wo ist da die so viel gerühmte Majoritätshegemonie?

Es ist eben klar, daß es viel mehr die Absicht der Verfasser unserer Constitution war, das Volk zu schützen, was gut und recht ist, als das was die Majorität will.

Der Wille der Majorität ist nicht deshalb Gesetz, weil es der Wille der Majorität ist, sondern weil wir kein besseres Mittel haben, zu entscheiden, was als Recht gelten soll. Aber wie es manchmal geschieht, daß das Gesetz das Unrecht als Recht erklärt, so hat die menschliche Gerechtigkeit irt, so hat auch schon manchmal die Mehrheit sich geirrt und entschieden, daß das Unrecht Recht ist. Wenn dieser Irrthum nicht möglich wäre, wie könnte es vorkommen, daß eine Majoritätspartei sich in eine Minoritätspartei verwandelt? Kann eine Sache einmal Recht und ein andermal Unrecht sein? Nicht die Sache war Unrecht, sondern die Majorität war im Unrecht.

Der beste Beweis dafür, daß Majoritäten zuweilen sehr im Unrecht sind, liegt für uns ja in der Annahme der Prohibitions- und Amendements in Iowa und Kansas durch Volksmehrheiten. Dies war nach unserer Auffassung jedenfalls ein sehr großes Unrecht.

Sie sehen, meine Herren, daß diese Submissionsheorie noch seiner Seite hin haltbar ist, daß es für den Gegner des Amendements eine wahrhaft entwürdigende Stellung ist, sich dieser Theorie anzuschließen.

Sie werden sich erinnern, meine Herren, daß ich kurz nach dem Tode Garfield's hier an derselben Stelle eine Gedächtnisrede hielt. Damals hatte ich eine Anzahl von Reden des verstorbenen Präsidenten durchgelesen, nach Stellen suchend, welche das Denken und Wirken des Mannes charakterisirten. Ich fand eine Stelle, welche mir imponirte. Ich kann sie Ihnen nicht mehr im Wortlaut mittheilen, aber sie enthielt ungefähr Folgendes:

In meinem ganzen öffentlichen Leben und in all meinen öffentlichen Handlungen war mir immer mehr an der Zustimmung eines Mannes, als an der aller Uebrigen gelegen und dieser eine Mann hieß Garfield. Das war das Wort eines Mannes, das Wort eines von Selbstgefühl und Mannesstolz durchdrungenen Bürgers, der nicht um die Günst der Menge buhlte, dem es nicht darum zu thun war, der Menge zu gefallen, sondern der vor Allem darnach strebte, sein Reichthum zu vergrößern.

Wie klein und erbärmlich stehen neben ihm diese Anti-Prohibitions-Submissionsisten, welche zu feige sind, ihre eigene Ansicht geltend zu machen, welche aus Furcht der Menge zu misfallen, das Recht der Genialität wollen, welche nicht den Muth besitzen, unter der Fahne des Rechtes offen zu marchiren, und deshalb zu Trug und Verleumdung ihre Zuflucht nehmen, um sich wenigstens den Schein des Rechtes zu wahren. Auch diese Menschen sind nicht vor sich selber schämend, wundert mich.

Wie gesagt, ich läugne nicht die Macht der Majorität, zu herrschen, ich opponire nicht der Volksherrschaft, aber ich bestreite auf meinem Rechte, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß die Majorität eine Regierung, ich bestreite auf einer Volksregierung nach den anerkannten, festgesetzten Grundsätzen der Freiheit.

Wie gesagt, ich läugne nicht die Macht der Majorität, zu herrschen, ich opponire nicht der Volksherrschaft, aber ich bestreite auf meinem Rechte, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß die Majorität eine Regierung, ich bestreite auf einer Volksregierung nach den anerkannten, festgesetzten Grundsätzen der Freiheit.

Wie gesagt, ich läugne nicht die Macht der Majorität, zu herrschen, ich opponire nicht der Volksherrschaft, aber ich bestreite auf meinem Rechte, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß die Majorität eine Regierung, ich bestreite auf einer Volksregierung nach den anerkannten, festgesetzten Grundsätzen der Freiheit.

Wie gesagt, ich läugne nicht die Macht der Majorität, zu herrschen, ich opponire nicht der Volksherrschaft, aber ich bestreite auf meinem Rechte, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß die Majorität eine Regierung, ich bestreite auf einer Volksregierung nach den anerkannten, festgesetzten Grundsätzen der Freiheit.

Wie gesagt, ich läugne nicht die Macht der Majorität, zu herrschen, ich opponire nicht der Volksherrschaft, aber ich bestreite auf meinem Rechte, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß die Majorität eine Regierung, ich bestreite auf einer Volksregierung nach den anerkannten, festgesetzten Grundsätzen der Freiheit.

überhaupt eine Constitution, deren Zweck doch offenbar nur darin besteht, die Majorität zu schranken zu setzen? Höher als Majoritätshegemonie und höher als Verfassungen stehen die ewigen Grundsätze der Freiheit. Die Majorität hat die Macht eine Prohibitionsverfassung einzuführen, aber das ist kein Gebrauch ihrer Macht, sondern ein Mißbrauch derselben. Mit Einführung eines Prohibitions-Gesetzes tritt sie die ewigen Grundsätze der Freiheit mit Füßen. Wenn die Majorität thun kann, was sie will, was soll dann aus jenen Rechten werden, welche wir unveräußerliche Menschenrechte zu nennen pflegen, ohne deren Anerkennung eine Regierung keine freie ist?

Prohibition dient nur dem Interesse Weniger zum Schaden vieler. Sie zwingt einen Theil der Bürgerchaft, ungeschützten Gewohnheiten zu entsagen, um einen anderen und noch dazu den kleineren Theil vor Ausschweifungen zu schützen. Es ist ein Verstoß gegen freihandels Prinzipien, den Gebrauch einer Sache zu verbieten, weil der Mißbrauch derselben schädlich ist. Man verbiete den Mißbrauch, aber nicht den Gebrauch. Ich gebe ja gerne zu, daß man zum Wohle des Ganzen einen Theil der individuellen Rechte aufgeben muß, aber nur dann, wenn durch die Ausübung derselben einem anderen in der Ausübung gleicher Rechte gehindert werden. Prohibition jedoch verhindert nicht die Ausübung von Rechten zum Wohle des Ganzen, sondern zum Wohle der Trunkenbolde. Sie schmälert das Recht der Trunkenbolde zum Schutze der Lasterhaften. Alles dies ist natürlich in der Macht der Majorität, aber wenn immer es geschieht, dann ist eben die Freiheit betradet.

Was würden Sie sagen, meine Herren, wenn die Annahme eines Amendements verlangt würde, durch welches Slaverie eingeführt, oder irgend ein Glaubensbekenntnis verboten werden soll? Würden Sie das Recht der Majorität dazu anerkennen? Würden Sie in solchem Falle die Grundsätze der Freiheit nicht höher stellen, als das Recht der Majorität? Sind Sie Willens das Recht der freien Rede abzuschaffen, weil es zum Zwecke der Verleumdung mißbraucht wird? Sind Sie Willens das Recht der freien Presse abzuschaffen, weil es zu gleichem Zwecke mißbraucht wird? Wir wollen ein freies Regierungssystem und nicht ein väterliches. Wir wollen wie Männer und nicht wie Kinder behandelt sein. Ich kann meine Privatbedürfnisse und Gewohnheiten selbst reguliren und bedarf dazu keines andern Hülfe. Der Zweck des Staates ist der Verkehr zwischen Mensch und Mensch, nicht das Verhören des Menschen gegen sich selbst zu regeln. Man verfolge diesen Grundsatze aus nur für einen Augenblick und das individuelle bürgerliche Sein ist vernichtet. Man gebe der Majorität das Recht nach Gefallen zu herrschen, und der Einschränkung und Bedrückung ist keine Grenze gezogen.

Welchen Werth hat eine Constitution überhaupt noch, wenn sie jeden Augenblick durch eine zufällige Majorität umgestoßen werden kann?

Sobald man Freiheit mit Volksherrschaft verwechselt, ist die Freiheit vernichtet. Durch allgemeine Volksabstimmung wurde im Jahre 1852 in Frankreich die Republik gestiftet und das Kaiserthum eingeführt, da galt auch der Majoritätsgrundsatz. Sind Sie bereit den Weg zu ähnlichem Verfahren zu ebnen?

Im Namen der Freiheit erlaube ich Sie im nächsten November durch Ihre Stimmen Prohibition unmöglich zu machen.

Die Frage vom Standpunkte des Arbeiters.

Meine Herren! Unter dem Schutze unserer Gesetze, unter der stillschweigenden Anerkennung der Wein- und Branntweinfabrikation als gesetzlicher Industriezweig sind große Summen in Brauereien und Brennereien angelegt worden. Ein Prohibitions-Gesetz würde mit einem Schlage die Resultate jahrelanger Arbeit und Mühe vernichten. Glauben Sie, daß es gerecht wäre, eine solche Zerstörung von Werthen vorzunehmen? Denken Sie der Tausende, welche in diesen Establishments beschäftigt sind, und von welchen die meisten Familien haben. Sie würden plötzlich ihre Beschäftigung verlieren und wie lange es dauern würde, bis sie einen anderen lohnenden Berufszweig finden, das läßt sich nicht sagen.

Das ist jedoch nicht Alles. Der Brauer und der Branntweinbrenner brauchen Küffer, Maschinen und Apparate, der Wirth braucht Schänktische, Gläser, Kränzen, Stühle, Tische, Flaschen u. s. w. Das Alles muß durch Menschenhände hergestellt werden. Brauer, Brenner und Wirth können ihr Geschäft nicht in freier Luft betreiben und Menschenhände müssen beschäftigt werden, um die dazu nöthigen Räumlichkeiten herzustellen. In Folge dessen finden außer den direkt in den genannten Berufszweigen Beschäftigten noch unendlich viele Beschäftigung, wie Schneider, Zimmerleute, Küfer, Mechaniker, Kupferschmiede, Glasbläser, u. s. w.

Dr. John Waller, Arzt an dem hiesigen Krankenhaus, giebt nach sorgfältiger Berechnung die Zahl der in der Fabrication von und dem Handel mit Wein, Bier und Branntwein direkt und indirekt Beschäftigten im dem Gebiete der Vereinigten Staaten auf 1,112,330 an. Nun frage ich einmal der Arbeiter, welche Wirkung es auf den Lohn haben müßte, wenn plötzlich eine solche Quelle der Be-

schäftigung wie mit einer Riesenhaut bei Seite geschoben und die Arbeitskraft auf 1,112,330 Menschen auf den Arbeitsmarkt gemorren würde. Ich bitte die Arbeiter, welche etwas von der Arbeiterfrage verstehen und die Wirkung von Angebot und Nachfrage kennen, es sich einmal an den fünf Fingern abzuzählen, um wie viel der Lohn sinken müßte, wenn plötzlich eine solche bedeutende Quelle der Arbeitsnachfrage vernichtet und zugleich das Angebot der Arbeitskraft in gleich großem Maße vergrößert würde.

Wenn sich auch das nicht gleich bestimmt in Zahlen ausdrücken läßt, so werden Sie doch einsehen müssen, daß der Lohn beträchtlich sinken müßte. Sie werden begreifen, daß die Wirkung eines Prohibitions-Gesetzes nicht nur unheilvoll für die direkt u. indirekt in den betreffenden Berufszweigen Beschäftigten wäre, sondern daß der schwere Schlag die ganze Arbeiterklasse trafe.

Arbeit! Die Prohibitionisten haben ihre Sache in Kansas und Iowa durchgeführt. Wie alle Fanatiker, kümmern sie sich um Nichts und Niemanden, als um sich selbst und das Ziel ihres Fanatismus. Je mehr Erfolge sie erringen, desto größer wird ihre Oier nach weiteren Erfolgen. Dieser blinde Fanatismus hat sich wie eine Epidemie über das ganze Land verbreitet und streckt überall seine bedrohenden Hände aus.

Arbeit! Dr. John! Euch ist jetzt die Gelegenheit gegeben, dieser Oier Einhalt zu gebieten. Wollt Ihr es thun? Eure Lage ist schwer genug auch ohne Prohibition, wollt Ihr selbst sie noch schwerer machen? Die Löhne sind niedrig genug, denn das Angebot von Arbeitskraft übersteigt fortwährend die Nachfrage. Wollt Ihr dazu beitragen, daß das Angebot noch größer und die Nachfrage noch kleiner werde? Es ist Euch jetzt Gelegenheit gegeben, wollt Ihr Gebrauch davon machen? Gewiß nicht.

Undurchführbarkeit der Prohibitionshege.

Trotz all des Unheils, welches Prohibition herbeiführen möchte, es aber immerhin möglich sein, einen Entschädigungsgrund für sie zu finden, wenn sie nur überhaupt dem Zwecke dienlich wären. Erfahrung und Statistik weisen jedoch nach, daß Prohibition nicht nur nicht ausführbar sind, sondern daß sie sogar das Gegenteil von dem bewirken, das durch sie bezweckt werden soll, daß Prohibition eine Vermehrung der Trunkenheit erzeugen.

Die Bedürfnisse des Menschen können nicht durch Gesetze regulirt werden. Die Geschichte kennt kein Volk auf der Erde, welches nicht derausende Getränke genos. Einige bereiten sie aus Getreide, Andere aus Obst, die Tartaren bereiten sogar ihren Rumis aus Milch. Solche Getränke sind ein Bedürfnis, aber wenn sie es auch nicht wären, könnte doch kein Gesetz die Menschen am Genuße derselben hindern. Das wissen auch die Temperenzler ganz und darin ist vielleich auch zum großen Theile die Ursache ihres Eifers zu suchen. Denn es ist ja Thatsache, daß die schlimmsten Trunkenbolde die eifrigsten Temperenzler sind. Dies ist auch ganz natürlich.

Wer sich selbst kontrolliren kann, bedarf keines Gesetzes zu diesem Zwecke. Uns braucht man das Betrinken nicht zu verbieten, wir wissen uns zu möglichen. Man kann durch Gesetze weder Tugend schaffen, noch Laster abschaffen. Wohl aber ist die gegenwärtige Wirkung möglich. Gesetze können Laster erzeugen.

Ja diese Wirkung wird immer die Folge von Gesetzen sein, welche despotischen Charakters sind, die menschliche Natur nicht berücksichtigen, bedrückend sind, die Verfassung mit Füßen treten und das Befehlen gewisser Bedürfnisse und Gewohnheiten außer Acht lassen.

Es stellt sich überall das Bestreben ein, solche Gesetze zu umgehen, und Straflosigkeit für die Uebertretung derselben zu erwirken. Zu diesem Zwecke bleibt kein Mittel unversucht. Meineide werden ohne Gewissensbisse begangen und es wird zum Verdienste, der öffentlichen Gerechtigkeit ein Schnippen zu schlagen. Der beste Bürger wird zum Gesetzesverächter und Espione und Denunzianten treiben ihr erbärmliches Gewerbe.

Wo immer noch der Versuch mit Prohibition gemacht wurde, hat sich diese nachtheilige Wirkung herausgestellt.

In Maine, wie in Massachusetts, in in Massachusetts wie in Kansas. Nirgend haben die Prohibitionisten einen Erfolg zu verzeichnen. Wo immer Prohibition eingeführt wurde, hat der Gebrauch von Wein und Bier abgenommen und eine entsprechende Zunahme des Branntweinsuffes stellte sich ein. Die Folge davon war natürlich eine Zunahme des Pauperismus. Dr. Thomas Dunn English hat darüber einige Brochüren geschrieben und statistische Data gesammelt. Es würde mich zu weit führen, Ihnen die in denselben enthaltenen Zahlen anzuführen, genug sie zeigen eine auffallende Zunahme von Trunkenheit und der Kosten der Armenverwaltung unter Prohibition im Vergleich zu der Wirkung von Lizenzen. Und im Grunde genommen ist das ja ganz natürlich. Der Verkauf von Wein und Bier, der besten Temperenzmittel, ist eben schwerer im Geheimen zu bewerkstelligen, als der von Whisky und so tritt an die Stelle dieser leichten gefunden Getränke der verwerthliche Schnaps.

Und Angehörige solch totalen Missethates mag man es, und zuzumuthen, auch nur einen Schritt zu thun, welcher

die Einführung der verhassten, verberlichsten Maßregel erleichtert. Wir ist es vollständig unbegreiflich, wie ein vernünftiger Mensch eine solche Zustimmung machen kann. Ich werde vielleicht im Laufe der Campagne, wenn meine Zeit es zuläßt, Gelegenheit haben, mich noch weiter über diesen Punkt auszusprechen, für heute muß das genügen.

Die Stellung der Parteien.

Lassen Sie uns nun, meine verehrten Zuhörer, zum Schlusse einen Blick auf die Stellung werfen, welche unsere beiden drohen politischen Parteien einnehmen, und auf Grund derselben bestimmen, wie wir praktisch eingreifen haben und was unsere Pflicht ist. Nachdem die demokratische Partei sich offen gegen Prohibition ausgesprochen, sagt sie in ihrer Plattform: Wir sind dafür, daß das Amendement dem Volke auf dem verfassungsmäßigen Wege, auf jedem zu seiner Annahme oder Verwerfung notwendigen Schritte unterbreitet werde. Unsere Gegner haben versucht, diese Erklärung als eine zweideutige hinzustellen, sie haben versucht, die Demokraten der Submissionsheorie zu beschuldigen, aber kein aufrichtiger Mensch kann eine solche Erklärung zulassen.

Wenn es die Absicht der demokratischen Partei bei Abfassung ihrer Plattform gewesen wäre, die Frage der allgemeinen Volksabstimmung zu unterbreiten, ohne der Legislatur erst Gelegenheit zu geben, das Amendement nach seinem Verthe zu prüfen und ohne dem Volke Gelegenheit zu geben, seine Legislatur mit Rücksicht auf das Prohibitions-Amendement zu wählen, wozu war es dann notwendig, von „verfassungsmäßigen Wege“ und von „jedem notwendigen Schritte“ zu reden? Gerade beide Bestimmungen geben der demokratischen Plattform ihren speziellen Charakter. Wenn der verfassungsmäßige Weg und einer der notwendigen Schritte ist die Annahme oder Verwerfung durch die Legislatur, und die demokratische Plattform verlangt ausdrücklich die Unterbreitung des Amendements für diesen Zweck. Auf Grund der demokratischen Plattform ist also das Amendement dem Volke schon bei der Novemberwahl unterbreitet und das stimmt ja ganz genau mit unseren Ansichten und Absichten überein. Mit dem Schamm auszuweichen können wir das Amendement nicht, wir müssen es niederkommen. Die Frage ist bloß, wann? Die Demokraten sagen: Im nächsten November, dadurch, daß wir die Legislatur wählen, welche dagegen stimmen. Ohne Unterbreitung können wir keine Abstimmung haben. Unterbreitet muß das Amendement schon werden, in Wirklichkeit ist es bereits unterbreitet und im November stimmen wir es nieder. Sämtliche demokratische Führer, English, Hendricks, McDonald, Voorhes u. s. w., haben ihrer Plattform diese Auslegung gegeben und nur Uebelwollende haben versucht, die Leute irre zu führen. Die demokratische Plattform ist so bestimmt in dieser Beziehung, daß die demokratischen Temperenzler nicht mehr auf derselben stehen wollen. Für diesen Beweis der Seditiosität der Plattform sage ich denselben meinen besten Dank und ich gestehe, daß die Leute Recht haben. Auf der demokratischen Plattform ist kein Platz für Prohibitionisten.

Und nun die republikanische Plattform. Sie sagt: Wir vertrauen dem Volke als der Quelle aller Macht. Macht, Macht und Nichts als Macht. Als ob jemals Einer daran gewagt hätte, daß das Volk die Gewalt hat. Das ist ja eben das Schändliche, daß die Republikaner die Frage als eine Frage der Gewalt betrachten. Sie vertrauen dem Volke nicht als der Quelle aller Weisheit, oder der Quelle aller Rehtes, bloß von Gewalt ist die Rede. Dann heißt es bloß: Wir vertrauen dem Volke. Sie sagen nicht, ob sie ihm nach der einen oder nach der anderen Richtung hin vertrauen. Aber sie verlangen, daß die Legislatur das Amendement annehme. Da dies ein notwendiger Schritt zur endgültigen Einverleibung des Amendements in unsere Verfassung ist, und da kein vernünftiger Mensch zu dem beiräth, was er nicht haben will, so muß ich annehmen, daß die Republikaner dem Volke vertrauen, daß es, um mit Generalanwalt Baldwin zu reden, dem Schlichter von Iowa und Kansas folge.

Ich will Ihnen sagen, wie die Republikaner dem Volke vertrauen. Wenn ein Abbot einen Prozeß hat, in dem er im Stande ist, Alles klar darzulegen und wo das Recht auf seiner Seite ist, dann bringt er seine Sache dem Richter vor. Ist aber sein Recht ein zweifelhaftes, dann vertraut er einer Jury von zwölf intelligenten Bürgern. Gerade so, meine Herren, vertrauen die Republikaner nicht der Legislatur, sondern dem Volke. Sie rechnen darauf, daß sich die große Menge durch die Schmeichelei födern läßt, indem man ihr immer wieder vorhält, daß sie die Gewalt hat. Wären sie taufend Mal besapten, daß ihre Partei weder für noch gegen Prohibition sei, ich richte mich nach dem was sie sagen und nicht nach dem was ein Einzelner von ihnen denken mag, und darum bleibe ich dabei stehen, daß der logische Schluß, welchen ich aus der republikanischen Plattform zu ziehen gezwungen bin, der ist, daß die Partei für Prohibition ist. Wenn die Republikaner mich glauben machen wollen, daß man auf Grund dieser Plattform die Freiheit habe, Prohibitionist oder Anti-Prohibitionist zu sein, so kommt mir das ungehörig eben so vor, wie wenn Einer mir einen Revolver unter die Nase hält und

zu mir sagt: „Du hast jetzt die Freiheit, mir Dein Geld zu geben oder nicht.“ Ich glaube, daß ich unter solchen Umständen einigen Zweifel in meine Freiheit setzen würde.

Auf der republikanischen Plattform ist kein Platz für einen Anti-Prohibitionisten.

Was sollen wir thun?

Was, meine Zuhörer, ist nun unsere Pflicht? Nach meiner Ansicht kann über diesen Punkt kein Zweifel bestehen. Zur Zeit, da Sie uns als Ihr Comité erwählten, da beschloffen Sie, die Partei zu unterstützen, welche sich gegen Prohibition erklärte. Die demokratische Partei erklärte sich gegen Prohibition, folglich hielten wir es für unsere Pflicht, unseren Anschluß an diese Partei zu erklären. Ich zweifle nicht, meine Herren, daß Sie diesen Schritt aufheben. Soweit ist Alles in Ordnung. Ich habe aber schon Manchen sagen hören, er werde für die demokratischen Legislaturkandidaten stimmen, im Uebrigen gehe ihn die demokratische Partei Nichts an. Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß dies ein Vertrauensbruch wäre. Ich bin überzeugt, ich darf wohl sagen, ich weiß, daß die demokratische Partei sich so offen gegen Prohibition ausspricht, weil sie Vertrauen in die Erfüllung unseres Versprechens setzt. Was immer das Vertrauen der Republikaner auf das Volk sein möge, lassen Sie uns wenigstens zeigen, daß man uns vertrauen kann. Lassen Sie uns ehrlich und als Männer handeln. Wir müssen das ganze demokratische Ticket stimmen, wir müssen für die demokratischen Legislaturkandidaten, für die demokratischen County-Kandidaten, für den demokratischen Distrikts-Kandidaten, für die demokratischen Staats-Kandidaten stimmen, auf dieselbe Weise lösen wir ehrlich unser Versprechen ein. Die einzige Ausnahme, welche ich für berechtigt halte, ist in Bezug auf die Superior-Court, ein Institut, das frei von allen politischen Einflüssen zu halten, von jeder das Bestreben war.

Wenn ich Ihnen dies sage, meine Herren, können Sie mir keine eigennützigen Gründe unterstellen. Ich darf Ihnen dies Alles sagen, denn ich bin kein Demokrat; ich darf es Ihnen sagen in der Erwartung, daß Sie meinen Rath bei den eines Freundes aufnehmen, denn ich war noch niemals ein Demokrat. Ich habe Nichts für mich allein in diesem Kampfe zu gewinnen. Ich kann höchstens meinen gewiß berechtigten Eifer befriedigen, meinen beiderseits den Teil zum Siege beigetragen zu haben, den wir erstreben werden. Und liegen müssen wir, es kann nicht fehlen, wenn Jeder seine Pflicht thut.

Mitbürger! Es hängt unendlich viel von unserem Erfolge ab. Glauben Sie mir, es steht hinter diesen Prohibitionsbestrebungen ein gut Theil Nationalismus. Unsere Gegner haben sich schon mehrmals die Auekerung entschlossen lassen, daß wenn den Deutschen die Gefährlichkeit nicht passe, sie draußen bleiben mögen. Es ist nicht umsonst, daß die politischen Parteien gerade jetzt so außerordentlich ihre Liebe zu den Fremdgeborenen in den Vordergrund zu stellen sich bemühen.

Wir müssen zeigen, daß wir als Deutsche eine Macht bilden mit der man zu rechnen hat, daß wir einen integrierenden Bestandtheil der Bevölkerung des Landes bilden, der sich nicht autwillig bei Seite schieben läßt. Die Bechtung, welche man uns nicht freiwillig schenkt, müssen wir uns eben erzwingen.

In diesem Kampfe spielt auch die religiöse Unabkämheit eine große Rolle. Da heißt es auf der Hut sein! Heute gilt es dem freisinnigen Deuththum, morgen mag es einer dem Puritanismus unliebsamen Seite gelten. Wir aber wollen keine Parteilichkeit. Wir wollen, daß Jeder nach seiner Fagon selig werden soll.

Sie sehen, meine Zuhörer, die Sache liegt ernst. Diejenigen unter Ihnen, welche wie ich, nicht zu der demokratischen Partei gehören, mache ich darauf aufmerksam, daß es für uns keinen anderen Weg giebt, unserer Meinung den Sieg zu verschaffen, als uns in der kommenden Wahl ganz und ehtlich den Demokraten anzuschließen. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß ich mit noch einigen anderen Herren das freisinnige, radikale und republikanische Deuththum in unserem Comité vertritt. Indem ich meine Parteilangobrigkeit in diesem Kampfe unserer Sache zum Opfer gebracht habe, glaube ich gewissenhaft und ehtlich gehandelt zu haben. Ich hoffe, in Ihrem Sinne gehandelt zu haben. Werden Sie uns folgen, meine Herren? Werden Sie sich auch weiter unserer Fühung anvertrauen? Haben Sie das Vertrauen zu mir, daß ich es aufrichtig meine? Ihre Blide sagen Ja. Sollte ich mich täuschen, so spreche Sie es aus. Sie sagen: Ja. Ich danke Ihnen für diese Anerkennung. So lassen Sie uns denn gemeinsam unsere Pflicht thun, ich verpöchte Ihnen die meinige zu thun. Lassen Sie uns Alles aufbieten, nicht nur zu liegen, sondern so zu liegen, daß der Feind nicht so bald wieder Lust hat, den Kampf aufzunehmen.

Was mich betrifft, so werde ich auf meinem Posten sein, lassen Sie mich von hier das Bewußtsein mit hinwegnehmen, daß meine Worte ihren Eindruck auf Sie nicht verfehlt haben. Wollen Sie uns versprechen, ganz und voll Ihre Pflicht zu thun?

Wenn Sie Ja sagen, so werden Sie uns die Arbeit unendlich erleichtern. Sagen Sie Ja, ich bitte darum. (Die ganze Versammlung ruft, wie aus einem Munde: „Ja.“) Ich danke Ihnen! So lassen Sie uns denn muthig den Kampf aufnehmen. Ihre Ja sagt mir, daß wir liegen werden im Kampfe für die Freiheit.

Was mich betrifft, so werde ich auf meinem Posten sein, lassen Sie mich von hier das Bewußtsein mit hinwegnehmen, daß meine Worte ihren Eindruck auf Sie nicht verfehlt haben. Wollen Sie uns versprechen, ganz und voll Ihre Pflicht zu thun?

Wenn Sie Ja sagen, so werden Sie uns die Arbeit unendlich erleichtern. Sagen Sie Ja, ich bitte darum. (Die ganze Versammlung ruft, wie aus einem Munde: „Ja.“) Ich danke Ihnen! So lassen Sie uns denn muthig den Kampf aufnehmen. Ihre Ja sagt mir, daß wir liegen werden im Kampfe für die Freiheit.

Aus der Rede des Ex-Senators Jos. E. McDonald von Indiana vor dem Jefferson Club zu Indianapolis.

Nach der Constitution vom Jahre 1816 konnten Verbesserungen - Vorschläge zur Constitution nur von einer besonders erwählten Conventio... gemacht werden und die Frage der Berufung einer solchen Conventio wurde dem Volke nur alle 12 Jahre unterbreitet. Die meisten Staaten haben ähnliche Bestimmungen wie unsere Constitution vom Jahre 1851, doch weichen dieselben wesentlich von einander ab. In Massachusetts muß ein Amendement von einer Majorität der Senatoren und einer Zweidrittel-Mehrheit der Repräsentanten paßirt sein und dann an die nächste Legislatur gehen, wo dieselben Majoritäten notwendig sind, ehe es dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werden kann. In Vermont können Amendements nur im Senat und zwar von 10 zu 10 Jahren eingebracht werden. Dieselben müssen aber von einer Zweidrittelmehrheit im Senat paßirt und von einer einfachen Mehrheit des Repräsentantenhauses angenommen sein, ehe sie der nächsten Legislatur überwiegen werden können. Erst wenn auch in der nächsten Legislatur in beiden Häusern eine Mehrheit dafür stimmt, kann ein Amendement dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden. In Rhode Island müssen, nachdem zwei hintereinander folgende Legislaturen ein Amendement angenommen haben, drei Fünftel der Wähler dafür stimmen, ehe es der Constitution überreicht werden kann. In Ohio müssen drei Fünftel der erwählten Mitglieder in beiden Häusern der Legislatur für ein Amendement stimmen und dann muß bei den nächsten Legislaturwahlen eine Majorität des Volkes dafür stimmen. Ähnlich sind die Bestimmungen der Constitution in Illinois. Aber in fast allen Staaten ist in der Constitution ausdrücklich erklärt, daß eine Volksabstimmung über ein Amendement zur Constitution in einer allgemeinen Wahl stattfinden soll.

Nach den angeführten Bestimmungen der verschiedenen Staats-Constitutionen ist ersichtlich, daß eine Abänderung oder Verbesserung des Staats-Grundgesetzes eine schwer wiegende Maßregel ist, die nur nach reiflicher und sorgfältiger Ermäßung und Erörterung vorgenommen werden sollte. Die Constitution eines Staates ist zur Organisation der Regierungsdienst da. Sie besteht in der Rechtsprechung, das „organische Gesetz des Staates.“ Ihre Aufgabe besteht darin, die verschiedenen coordinirten Zweige der Regierung in's Leben zu rufen, und denselben ihre zugehörigen Gewalt und Pflichten mit solchen Bestimmungen anzuweisen, wie die es Privatrechte des Individuums zu erhalten mögen. Deshalb enthalten auch die Constitutionen der meisten Staaten ausdrückliche Erklärungen von Privatrechten, welche der Kontrolle und Autorität der Staatsgewalt nicht unterworfen sind. Man hat es niemals für weise gehalten, die Bestimmungen einer Staatsconstitution soweit auszudehnen, daß dieselbe sich auf Angelegenheiten von rein legislativem Charakter erstrecken, oder Bestimmungen in sich aufnehmen die auch nur entfernt mit den vorbestimmten Rechten des Individuums collidiren. Nur sehr wenige Amendements sind unter der von mir angeführten Section seit dem Bestehen unserer Constitution vom Jahre 1851 angenommen worden, und diese wenigen haben sich stets auf Gegenstände von allgemeinem Interesse bezogen. So z. B. das Amendement vom 18. Februar 1873 bezüglich unserer Staatsaud und der Ausübung des Stimmrechtes bei Wahlen. Nur die letzte Legislatur, die in beiden Häusern republikanisch war, hat sich ziemlich weit von dem bisher beobachteten Gebrauch entfernt, indem sie einen radikalen Wechsel in den Prinzipien; und der Politik, wonach unsere Staatsregierung bisher geführt wurde, nicht nur vorschlug, sondern auch annahm. Ich lenke Ihre seltene Aufmerksamkeit auf das bekannte Prohibitions-Amendement.

Section 1. Die Fabrication und der Verkauf von spirituellen Getränken, Wein, Bier und anderen berauschenden Liquoren ist, außer für medizinische, wissenschaftliche und mechanische Zwecke und Wein für Weinmahlwerke, für immer im Staat Indiana verboten.

Section 2. Die General-Versammlung des Staates Indiana soll die Bestimmungen festsetzen, in welcher Weise von wem und an welchen Plätzen selbst Getränke für medizinische, wissenschaftliche, mechanische und Weinmahlwerke fabrizirt und verkauft werden dürfen.

Die Verantwortlichkeit und die Anerkennung, ein solches Amendement vorschlagen und paßirt zu haben, gebührt der republikanischen Partei, denn, wenn auch ausgegeben wird, daß einige Demokraten dafür und einige Republikaner dagegen stimmten, so entsprang diese Maßregel doch einem republikanischen Repräsentantenhaufe und wurde von demselben und vom ebenfalls republikanischen Senat angenommen. Man darf aber gewiß annehmen, daß, wenn die letzte Legislatur demokratisch gewesen wäre, ein solches Amendement nicht wäre vorgeeschlagen, und noch weniger angenommen worden. Es ist deshalb vor seiner Einführung an eine rein republikanische Maßregel. Nach der Constitution muß es in der bevorstehenden Wahl erörtert werden. Was man auch über die abstrakte Frage in demselben Erledigung sagen mag; es ist eine politische Frage von der höchsten Wichtigkeit und den weitestgehenden Folgen. Eine Majorität der General-Versammlung, in welcher es vorgeeschlagen wurde, hat dafür gestimmt, und eine Majorität sämtlicher Legislaturmitglieder in beiden Häusern, die in der bevorstehenden Wahl für beide Häuser erwählt werden sollen, muß ebenfalls dafür stimmen, ehe es dem Volke zur Ratifizierung oder Verwerfung vorgelegt werden kann, und in diesem Stadium der Frage soll das Volk von Indiana jetzt die Entscheidungsmöglichkeit für die nächste Legislatur erwählen.

Beide Parteien müßten also die Frage in ihren resp. Staats-Conventionen aufnehmen, und ihre Ansichten und Erklärungen hierüber liegen vor dem Volke. Die Vorschläge des demokratischen Staatsconvents erklären sich bestimmt und unabweisbar gegen das Amendement, und die demokratische Partei von Indiana hat ihre alte Position die sie gegenüber der Prohibitionshege von dem Jahre 1854 an, als diese Frage zum ersten Male auf's Tadel kam, einnahm, auf's Neue behauptet.